

Im Interview:

Dr. Gregor Gysi über unser
Reformdilemma [Ab S. 06](#)

Arbeitsrecht:

Arbeitsrechtliche Reformen
auf dem Prüfstand [S. 17](#)



**Handelsverband
Nord**

Hamburg · Schleswig-Holstein
Mecklenburg-Vorpommern

Handel(n) im **NORDEN**

Das Mitgliedermagazin des Handelsverband Nord

09.2026 **#3**

Top Thema: Sind wir noch reformfähig?

[Ab S. 04](#)





Liebe Mitglieder des Handelsverband Nord,

Sind wir noch reformfähig?

Diese Frage steht über dieser Ausgabe unseres Mitgliedermagazins, dabei ist sie mehr als eine politische Debatte. Sie entscheidet ganz konkret darüber, unter welchen Bedingungen Unternehmen in Deutschland künftig investieren, Arbeitsplätze schaffen und erfolgreich wirtschaften können.

Denn Reformbedarf gibt es genug. Unternehmen erleben täglich, wie aufwendig Genehmigungen sind, wie viel Zeit in bürokratische Vorgaben fließt und wie langsam sich Strukturen verändern. Gleichzeitig fehlen Investitionen, Fachkräfte und an vielen Stellen die nötige digitale Infrastruktur. Was dabei besonders schwer wiegt: Es mangelt nicht an Reformankündigungen. Es mangelt an sichtbaren Ergebnissen. Unser Faktencheck stellt einige der zentralen Vorhaben der Bundesregierung auf den Prüfstand: Was wurde angekündigt und was tatsächlich bislang umgesetzt?

Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe vom Kiel Institut für Weltwirtschaft fordert gar eine grundlegende Reform staatlicher Strukturen, um neue Spielräume für Wachstum und Innovation zu schaffen. Doch Reformfähigkeit bedeutet auch, unterschiedliche Interessen zusammenzubringen.

Die Geschäftsstellen des Handelsverband Nord

Hauptgeschäftsstelle Kiel
Hopfenstraße 65
24103 Kiel
0431-97407-0
info@hvnord.de

Geschäftsstelle Hamburg
Große Bäckerstraße 3
20095 Hamburg
040-369812-0
hh@hvnord.de

Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Str. 92
18055 Rostock
0381-453332
hro@hvnord.de

Geschäftsstelle Schwerin
Graf-Schack-Allee 10a
19053 Schwerin
0385-3977136
sn@hvnord.de

Geschäftsstelle Neubrandenburg
Jahnstr. 3 d
17033 Neubrandenburg
0395-581480
nb@hvnord.de

Im Interview spricht Dr. Gregor Gysi über das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Modernisierung und sozialer Sicherheit. Die politische Herausforderung ist es, Veränderungen zu ermöglichen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus dem Blick zu verlieren.

Und wir haben diejenigen gefragt, die es unmittelbar betrifft: Die Antworten von Händlern aus drei Bundesländern zeigen sehr konkret, wo der Schuh drückt und welche Veränderung im eigenen Betrieb sofort einen Unterschied machen würde.

Reformfähigkeit braucht es allerdings nicht nur in Berlin. Sie beginnt vor Ort: u.a. bei schnelleren Verfahren, einer leistungsfähigen Infrastruktur, einer attraktiven Innenstadt. Deshalb werfen wir in dieser Ausgabe auch einen Blick auf die Entwicklung der Innenstädte, das Hamburger Bündnis für den Tiefbau und die Diskussion um die Sonntagsöffnung.

Reformfähigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass Deutschland wirtschaftlich wieder an Dynamik gewinnt. Darüber wollen wir auch bei unserem **Tag des Norddeutschen Handels am 6. Oktober in Lübeck** diskutieren. Unter dem Titel „Wirtschaftsstandort Deutschland. Wie reformfähig sind wir noch?“ bringen wir unterschiedliche Perspektiven zusammen - mit spannenden Gästen, kontroversen Einschätzungen und konkreten Impulsen für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Seien Sie dabei und seien Sie gespannt auf ein vielseitiges Programm, interessante Gespräche und neue Denkanstöße. Wir freuen uns auf Sie!

Ihr
DIERK BÖCKENHOLT
Hauptgeschäftsführer
Handelsverband Nord

06



Foto: IHK | Dewanger



Foto: AdobeStock 437250014 | Kristina Rütten

13

15



Foto: www.mediaserver.hamburg.de | Thomas Hempel

IMPRESSUM

Herausgeber: Handelsverband Nord e. V., Hopfenstraße 65, 24103 Kiel, info@hvnord.de | Redaktion: Annett Rabe, Hopfenstraße 65, 24103 Kiel, Telefon: 0431 97407 0, Fax: 0431 97407 24
V.i.S.d.P. Dierk Böckenholt



TOP THEMA WIE REFORMFÄHIG SIND WIR NOCH?

- 04 **Warum kleine Reformschritte nicht mehr ausreichen**
Im Interview: Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe vom Kiel Institut für Weltwirtschaft
- 06 **Deutschland soll einfacher werden – doch was wird tatsächlich reformiert?**
- 09 **Soziale Sicherheit als Basis für wirtschaftlichen Erfolg**
Dr. Gregor Gysi fordert eine Reformierung der Sozialsysteme
- 11 **Welche Reform würde Ihren Betrieb entlasten?**
3 Unternehmer mit 9 Antworten aus dem Handelsalltag



IN EIGENER SACHE

- 13 **Ein Wort zum Sonntag**
Sonntagsöffnung füllt Sommerloch
Tag des Norddeutschen Handels



AUS DEN BUNDESLÄNDERN

- 14 **Bündnis Tiefbau gegen Baustellen-Ärger in Hamburg**
- 15 **Gemeinsam Innenstadt weiter denken**
Hamburgs Innenstadtkoodinator zu den Entwicklungsmöglichkeiten der City



RECHT

- 17 **Das Programm für Aufschwung und Beschäftigung**
Was arbeitsrechtlich zählt erläutert
HV Nord Rechtsanwalt Ralph Hellwig



3 FRAGEN AN ...

- 18 **... Claus Ruhe Madsen**
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus in Schleswig-Holstein



AUS DEM PARTNERNETZWERK

- 19 **Signal Iduna**
Wie der Handel auf den Wandel reagiert

„Es braucht Deregulierung, um neue Geschäftsfelder möglich zu machen“

Deutschlands Wirtschaft steckt in einer tiefen Vertrauenskrise, die sich vor allem an schwachen privaten Investitionen zeigt. Im Interview erklärt Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe vom renommierten Kiel Institut für Weltwirtschaft, warum kleine Reformschritte nicht mehr ausreichen, wo künstliche Intelligenz beim Bürokratieabbau helfen kann und warum eine echte Staatsreform das Mittel seiner Wahl wäre.

● **Experte für Wirtschaftspolitik und Konjunktur, Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe im Interview**

Herr Professor Boysen-Hogrefe, Sie haben das Reformpaket der Bundesregierung als „einen Weg in die richtige Richtung“ bezeichnet – aber eben nur als kleinen. Hat Deutschland überhaupt noch Zeit für kleine Schritte?

Für gute Reformen ist es nie zu spät. Aber je später diese erfolgen, desto mehr Wohlstand dürfte in der Zwischenzeit verloren gehen. Dabei geht es allerdings gar nicht so sehr darum, dass Reformen „alten“ Wohlstand bewahren sollen, sondern vielmehr neuen Wohlstand ermöglichen.

Wenn Sie einen mittelständischen Händler vor sich hätten, der seit Jahren mit Bürokratie, steigenden Kosten und Fachkräftemangel kämpft, welche Reform würde er als Erste tatsächlich in seinem Alltag spüren?

Bei der Bürokratie kann der Staat am ehesten etwas unternehmen, wobei es nicht nur um Berichtspflichten gehen kann. Da sorgt die KI möglicherweise schneller für Abhilfe als die eine oder andere Gesetzesnovelle. Es braucht Deregulierung, um neue Geschäftsfelder möglich zu machen. Andere Herausforderungen

kann der Staat vielleicht abmildern, aber selbst bei optimaler Politik werden sie weitgehend am Platz bleiben. Am demografischen Wandel und auch bei einigen anderen Kostenfaktoren wird es schnell keine Abhilfe geben.

Deutschland diskutiert seit Jahren über Bürokratieabbau. Ist das inzwischen das eigentliche Wachstumshemmnis oder überschätzen wir dieses Thema und übersehen die größeren Baustellen?

Deutschland hatte sich als Industriestandort eingerichtet, der in den bestehenden Bahnen

innovativ ist und unter Einbindung des Welt Handels bis kurz vor Beginn der Corona-Krise ordentlich expandieren konnte. In dieser komfortablen Nische schienen gewisse Einschränkungen der unternehmerischen Freiheiten weniger problematisch.

Nun hat sich das weltwirtschaftliche Umfeld massiv gewandelt – der Aufstieg Chinas in den Bereichen Auto- und Maschinenbau, aber auch die US-Zollpolitik. Die deutsche Wirtschaft ist gezwungen, die bestehenden Bahnen zu verlassen. Da sind bürokratische Hürden und Regulierungen besonders hinderlich. Anders gesagt: einzelne bürokratische Vorschriften haben die aktuelle Krise vermutlich nicht ausgelöst, aber sie behindern effizient auf die Krise zu reagieren.

Vielen Unternehmern fehlt heute die Planungssicherheit. Wie groß ist der wirtschaftliche Schaden, wenn Investitionen immer wieder verschoben werden?

Die schwachen privaten Investitionen sind der zentrale Indikator, an dem sich die Krise der deutschen Wirtschaft ablesen lässt. Das Zutrauen in eine erfolgreiche Zukunft ist ge-

Einzelne bürokratische Vorschriften haben die aktuelle Krise nicht ausgelöst, aber sie behindern effizient auf die Krise zu reagieren.

schwunden. Zugleich sind es gerade diese Investitionen, die langfristig den Wohlstand sichern. Das Hauptaugenmerk der Politik



Bürokratische Hürden und Regulierungen bremsen Unternehmen aus.

Das Hauptaugenmerk der Politik muss darauf liegen, Investitionen wieder attraktiv zu machen.

muss darauf liegen, Investitionen wieder attraktiv zu machen. Die derzeit in der Umsetzung befindliche Reform der Körperschaftsteuer ist ein erster Schritt, aber noch nicht sehr erfolgreich. Regulierungsfragen, aber auch Kosten der Faktoren Arbeit und Energie sind vermutlich die wesentlicheren Punkte.

Ein kleines Gedankenexperiment: Sie erhalten für einen Tag die Richtlinienkompetenz im Kanzleramt und dürfen genau eine wirtschaftspolitische Entscheidung treffen. Welche wäre das und warum?

Ein zentrales Anliegen wäre für mich eine umfassende Staatsreform, die das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Konnexität neu ordnet. Da reicht die Richtlinienkompetenz des

Kanzlers aber nicht aus. Ob diese hinreichend ist ein Deregulierungsprogramm aufzusetzen, das durch Änderungen im Datenschutz mehr Effizienz der staatlichen Verwaltung, aber auch des Gesundheitssystems ermöglicht und zugleich neue Innovationsfelder erschließt, z.B. in der Gentechnik, kann ich nicht überblicken – ich würde aber hier ansetzen.

Woran werden wir in fünf Jahren erkennen, dass Deutschland reformfähig war, und woran, dass wir die Chance vertan haben?

Wenn es gelingt Start-Ups in Deutschland wirklich groß zu machen und die privaten Investitionen wieder anziehen.

Deutschland soll einfacher werden – doch was wird tatsächlich reformiert?



Weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen und eine digitale Verwaltung: Bund und Länder haben umfangreiche Reformen angekündigt. Philipp Amthor und Julia Carstens erklärten beim IHK-Sommerempfang in Husum, wie der Staat moderner werden soll. Für den Einzelhandel zählt vor allem eines: Kommt die Entlastung tatsächlich im Betrieb an?

Seit Jahren verspricht die Politik, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und die Verwaltung zu digitalisieren. Trotzdem müssen Unternehmen Daten mehrfach melden, auf Genehmigungen warten und immer neue Vorgaben umsetzen.

Beim Sommerempfang der IHK Flensburg stellten der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, Philipp Amthor, und Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstaatssekretärin, Julia Carstens, die aktuellen Reformvorhaben vor.

Die Modernisierungsagenda des Bundes umfasst mehr als 80 Maßnahmen, die föderale Modernisierungsagenda von Bund und Ländern mehr als 220 Vorhaben. Geplant sind weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und eine digitalere Verwaltung. Ambitionierte Ziele – doch für Unternehmen ist nicht die Zahl der Maßnahmen entscheidend, sondern die tatsächliche Entlastung.

Bürokratiekosten sollen sinken

Die Bürokratiekosten sollen um 25 Prozent reduziert werden. Dafür sollen unter anderem Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten überprüft werden. Gesetze sollen praxisnäher und von Anfang an digital umsetzbar sein.

Philipp Amthor sprach in Husum von einer „Umkehrung der Beweislast“: Nicht Wirtschaft und Verbände sollen begründen müssen, weshalb eine Vorschrift entbehrlich ist. Vielmehr soll begründet werden, warum eine



bürokratische Regelung weiterhin notwendig ist.

Für den Einzelhandel wäre dieser Perspektivwechsel überfällig. Händler erfüllen Anforderungen aus Verbraucher-, Arbeits-, Steuer-, Verpackungs-, Produkt-, Datenschutz- und Nachhaltigkeitsrecht. Jede einzelne Regel mag begründbar sein. In ihrer Summe kosten sie jedoch Zeit und Geld. Entscheidend ist deshalb nicht, wie viele Paragraphen verschwinden,

sondern wie viele Arbeitsstunden tatsächlich eingespart werden.

Schluss mit endlosen Genehmigungen

Bei bestimmten Verfahren sollen Anträge künftig nach drei Monaten als genehmigt gelten, wenn die zuständige Behörde bis dahin keine Entscheidung getroffen hat.

Das wäre ein wichtiger Kulturwechsel. Bislang trägt häufig das Unternehmen das Risiko langsame Verwaltungsverfahren. Investitionen können nicht geplant oder umgesetzt werden, weil Entscheidungen ausstehen.

Allerdings wird entscheidend sein, für welche Verfahren die Genehmigungsfiktion tatsächlich gilt. Für den Handel wären schnellere Entscheidungen etwa bei Umbauten, Nutzungsänderungen oder der Wiederbelebung leerstehender Flächen besonders wertvoll.

Einmal melden muss reichen

Ein weiterer Baustein ist das sogenannte Once-only-Prinzip. Unternehmen und Bürger sollen Daten grundsätzlich nur noch einmal an den Staat übermitteln müssen. Anschließend sollen Behörden vorhandene Informationen untereinander nutzen können.

Eigentlich sollte das im Jahr 2026 selbstverständlich sein. Noch immer müssen Unternehmen identische Stammdaten an verschiedene staatliche Stellen übermitteln. Das Prinzip kann deshalb erheblich entlasten – wenn die Systeme tatsächlich miteinander kommunizieren. Ein digitales Formular allein

ist keine Digitalisierung. Muss ein PDF anschließend ausgedruckt oder manuell übertragen werden, wurde die Bürokratie lediglich vom Papier auf den Bildschirm verlagert.

Gründen innerhalb von 24 Stunden

Unternehmensgründungen sollen künftig innerhalb von 24 Stunden digital möglich sein. Bislang auf mehrere Stellen verteilte Prozesse sollen stärker miteinander verknüpft werden. Julia Carstens verwies auf Projekte in Schleswig-Holstein. Mit [startuphafen.sh](https://start-uphafen.sh) sollen Gründungen digitaler und schneller werden. Nordfriesland wurde zudem in die Pilotphase des bundesweiten Projekts „Schneller Gründen“ aufgenommen.

Wer ein Geschäft eröffnet, sollte nicht Wochen damit verbringen, Zuständigkeiten zu klären. Doch Modernisierung darf nicht bei Gründern enden. Auch bestehende Händler, die eine weitere Filiale eröffnen, ihren Betrieb übergeben oder eine leerstehende Fläche nutzen wollen, brauchen einfache Verfahren.

Einheitliche Verfahren statt digitaler Inseln

Der Bund will Verwaltungsleistungen stärker bündeln. Als Beispiel wurde eine bundesweit einheitliche digitale Fahrzeugzulassung genannt, die zahlreiche regionale Portale ersetzen soll.

Für Unternehmen ist vor allem das Prinzip dahinter interessant: Händler brauchen nicht immer neue Portale mit unterschiedlichen Zugängen und Anforderungen. Gerade Filial-

unternehmen erleben, wie unterschiedlich formal gleiche Vorgaben regional umgesetzt werden.

Carstens bezeichnete die föderale Modernisierungsagenda als wichtigen Grundstein. Doch dafür müssen Bund, Länder und Kommunen bereit sein, Verfahren tatsächlich zu vereinheitlichen. Sonst entsteht kein digitaler Staat, sondern eine Ansammlung digitaler Inseln.

Fachkräfte schneller in Arbeit bringen

Mit einer zentralen „Work-and-Stay-Agentur“ will der Bund außerdem die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte beschleunigen. Verfahren sollen stärker über eine zentrale digitale Plattform organisiert werden. Das betrifft auch den Handel. Gesucht werden Verkaufspersonal, Logistikmitarbeiter, Auszubildende und Führungskräfte. Langwierige Verfahren erschweren die Beschäftigung internationaler Arbeitskräfte.

„Umkehrung der Beweislast bedeutet es muss begründet werden warum eine bürokratische Regelung weiterhin notwendig ist.“

Eine zentrale Stelle kann helfen. Sie darf jedoch nicht nur eine zusätzliche Plattform vor bestehende Strukturen setzen. Entscheidend ist, dass Verfahren tatsächlich schneller und einfacher werden.

Weniger Verwaltung ist nicht automatisch bessere Verwaltung

Die Modernisierungsagenda sieht außerdem vor, die Bundesverwaltung bis zum Ende der Legislaturperiode um acht Prozent zu verschlanken. Gleichzeitig sollen zentrale IT-Systeme und künstliche Intelligenz die Verwaltung leistungsfähiger machen. Weniger Personal bedeutet jedoch nicht automatisch we-



Eine digitalere Verwaltung steht ganz oben auf der Modernisierungsagenda

niger Bürokratie. Werden Stellen gestrichen, ohne Aufgaben abzubauen und Prozesse zu vereinfachen, können sich Wartezeiten sogar verlängern. Erst müssen Aufgaben entfallen, Zuständigkeiten gebündelt und Verfahren digitalisiert werden.

Keine zusätzlichen deutschen Sonderwege

Der Bund will außerdem vermeiden, europäische Vorgaben national zusätzlich zu verschärfen. Dieses sogenannte Gold-Plating verursacht zusätzliche Belastungen, ohne den europäischen Binnenmarkt

einheitlicher zu machen. Für den Handel ist das besonders relevant. Problematisch wird es, wenn heimische Händler umfangreiche Anforderungen erfüllen müssen, während Anbieter aus Drittstaaten faktisch nicht im gleichen Maße kontrolliert werden. Bürokratieabbau und fairer Wettbewerb müssen deshalb zusammengedacht werden.

Entscheidend ist, was im Geschäft ankommt

Die vorgestellten Reformen setzen an wichtigen Punkten an: weniger Berichtspflichten, schnellere Genehmigungen, das Once-only-Prinzip, digitale Gründungen und einheitlichere Verwaltungsverfahren könnten Unternehmen spürbar entlasten. Doch der Handel hat bereits viele Reformankündigungen erlebt. Mehr als 80 Maßnahmen



Philipp Amthor will die Bundesverwaltung um acht Prozent verschlanken.

Fotos: AdobeStock 2748116, 1745073622, 2000584794 | Engel73, master1305, MorshedAlam

Fotos: IHK | Dewanger

» des Bundes und über 220 föderale Vorhaben klingen beeindruckend. Sie sind aber kein Erfolg an sich. Entscheidend ist eine andere Bilanz: Muss ein Händler künftig weniger Daten eingeben? Wird sein Antrag schneller bearbeitet? Kann er eine Filiale unkomplizierter eröffnen? Bleibt mehr Zeit für Kunden und Beschäftigte? „Kann Deutschland einfach?“ lautete die Frage des Abends in Husum. Die Politik hat konkrete Antworten angekündigt. Jetzt muss sie zeigen, dass daraus tatsächlich weniger Bürokratie entsteht.

Für den Einzelhandel wird der Erfolg der Reformen nicht in Berlin oder Kiel gemessen, sondern dort, wo Bürokratie jeden Tag Zeit und Geld kostet: in den Betrieben.

Reformen auf dem Prüfstand

Deutschland soll reformfähiger werden, doch zwischen politischen Ankündigungen und konkreten Veränderungen liegt häufig ein weiter Weg. Welche Reformen hat die Bundesregierung für Unternehmen angekündigt, was wurde bereits umgesetzt und wo bleibt es bei Plänen? Unser Überblick konzentriert sich auf fünf Felder, die für den Wirtschaftsstandort und insbesondere für den Handel von zentraler Bedeutung sind.

Reformfeld	Was wurde versprochen?	Stand 2026
Bürokratie	Weniger Bürokratie und Berichtspflichten, schnellere Genehmigungen und kein zusätzliches „Gold-Plating“ bei der Umsetzung von EU-Recht.	Erste Entlastungen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht, u. a. bei Aufbewahrungsfristen, Schwellenwerten und Formerfordernissen. Weitere Erleichterungen bei Berichtspflichten und Genehmigungsverfahren sind geplant.
Fach- und Arbeitskräftesicherung	Mehr Menschen in Arbeit bringen, längeres Arbeiten ermöglichen, Zuwanderung erleichtern und Beschäftigung flexibler gestalten.	Mit der Aktivrente wurde ein neuer Anreiz für Weiterarbeit im Rentenalter geschaffen. Weitere Maßnahmen betreffen u. a. flexiblere Befristungen und steuerliche Anreize für Mehrarbeit. Die Fachkräfteeinwanderung basiert weiterhin vor allem auf bereits bestehenden Regelungen.
Steuern & Investitionen	Steuerliche Entlastungen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten sowie mehr Anreize für Investitionen und Modernisierung.	Degressive Abschreibung von bis zu 30 % und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für betriebliche Elektrofahrzeuge sind bereits möglich. Die schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 ist beschlossen.
Energieversorgung	Stromsteuer für alle auf das EU-Mindestmaß senken, Energie- und Netzkosten reduzieren und die Versorgung langfristig sichern.	Gasspeicherumlage abgeschafft, Netzentgelte 2026 für alle gedämpft. Die Stromsteuersenkung gilt nur für produzierendes Gewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft. Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen eingeführt; Ausbau der Energieinfrastruktur angestoßen.
Digitalisierung	Digitale Verwaltung, weniger Papier, bessere Vernetzung der Behörden und das Prinzip „Daten nur einmal angeben“.	Mit dem neuen Digitalministerium wurde ein institutioneller Schwerpunkt geschaffen. In der Praxis bestehen weiterhin unterschiedliche Verfahren, Medienbrüche und Mehrfacherfassungen – insbesondere auf kommunaler Ebene.

Stand August 2026

Soziale Sicherheit als Basis für wirtschaftlichen Erfolg



Würde als Kanzler zuerst das Gesundheitssystem reformieren: Dr. Gregor Gysi

Verschleppte Investitionen, bürokratische Hürden und verkrustete Strukturen setzen den Standort Deutschland unter Druck. Für den bekannten Linken-Politiker Gregor Gysi steht fest: Die notwendige Modernisierung darf nicht einseitig zu Lasten der Bürger gehen. Im Interview analysiert er das aktuelle Reformdilemma, erklärt seine Pläne für eine solidarische Bürgerversicherung und zeigt auf, warum wirtschaftlicher Erfolg und soziale Sicherheit untrennbar zusammengehören.

Deutschland leidet unter einer Strukturkrise. Die nötigen Reformen scheinen u.a. auch an der Angst vor einem Erstarken der AfD zu scheitern. Wie kommt Deutschland aus diesem Reformdilemma heraus?



Stärkung der Binnenkaufkraft als Lösung für unfairen Wettbewerb mit Drittstaaten?

Deutschland steht vor vielfältigen Herausforderungen im Inneren und im Äußeren, denen die Politik der aktuellen Bundesregierung und ihrer Vorgängerinnen nur höchst unzureichend begegnet. Der über Jahrzehnte verschleppte Infrastrukturausbau und deren weit hinter anderen Staaten zurückbleibende Modernisierung, eine am Erhalt veralteter Technologien orientierte Industrie- und Energiepolitik, die Schwächung der Binnenkaufkraft durch fehlende Steuergerechtigkeit und Überfrachtung der Sozialversicherungen mit versicherungsfremden Leistungen und eine überbordende Bürokratie haben Deutschland zurückgeworfen und tun es weiterhin. Gleichmaßen schmälerten verkrustete Strukturen und mangelnde Innovationsbereitschaft in Schlüsselindustrien wie der Autoindustrie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Nun ist der Reformdruck hoch, was aber kaum zu den notwendigen Veränderungen führen wird, solange er nur an die Mitte und nach unten weitergegeben wird.

Der Einzelhandel leidet u.a. unter dem massiven Vordringen asiatischer On-

lineplattformen. Trotz neuer europäischer Regelungen bestehen weiterhin erhebliche Wettbewerbsnachteile für heimische Unternehmen. Was muss aus Ihrer Sicht auf deutscher und europäischer Ebene geschehen, damit wieder faire Wettbewerbsbedingungen entstehen?

Formen der Abschottung oder der Protektion dürften angesichts der Vernetzung der Weltwirtschaft auf Dauer keinen Erfolg haben. Entscheidend ist aus meiner Sicht die Stärkung der Binnenkaufkraft, damit die Wettbewerbsvorteile des Einzelhandels mit Service, bei der Kundenberatung, beim überprüfbaren Qualitätsversprechen gegenüber Online-Plattformen zum Tragen kommen können.

Angesichts hoher Staatsverschuldung und knapper öffentlicher Kassen geraten soziale Leistungen zunehmend unter Druck. Welche sozialen Sicherungsversprechen können wir uns künftig noch leisten und



wo braucht es mehr Ehrlichkeit in der politischen Debatte?

Deutschland ist mit der sozialen Marktwirtschaft zu dem geworden, was es bis vor einigen Jahren war. Wer glaubt, die oben genannten Versäumnisse durch den Abbau sozialer Sicherheit kompensieren zu können, lässt außer Acht, dass Gesellschaften mit einem höheren Maß an sozialem Ausgleich langfristig erfolgreicher sind. Insoweit geht es nicht darum, ob wir uns soziale Sicherung noch leisten können, sondern wie wir sie organisieren.

Die Reform der Sozialversicherungssysteme wird seit Jahrzehnten diskutiert. Was funktioniert aus Ihrer Sicht heute noch gut und welche Veränderungen sind inzwischen unausweichlich?

Es gibt überall Reformbedarf, ohne dass man dafür das Unterste zuoberst kehren sollte. Im Kern müssten die Sozialversicherungen wieder zu einer Sache aller Erwerbstätigen werden. Warum eigentlich zahlen Abgeordnete nicht in die gesetzliche Rentenversicherung ein? Brauchen wir so viele gesetzliche Krankenkassen und private Krankenversicherungen als Vollversicherung?

Wenn Sie morgen eine einzige wirtschafts- oder sozialpolitische Reform sofort umsetzen könnten: Welche wäre das und warum gerade diese?

Das wäre die Umwandlung der Gesundheitsversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle mit allen Einkommen einzahlen und die Ausgangspunkt dafür ist, dass Gesundheit nicht länger zu Ware, sondern



Foto: AdobeStock, 1956190931 | Karla

Sozialversicherung muss für alle Erwerbstätigen verpflichtend sein, sagt Die Linke

wieder zur sozialen Daseinsvorsorge wird. Meine Fraktion hat das vor einigen Jahren von führenden Gesundheitsökonomen durchrechnen lassen – die Beträge würden sinken und Leistungskürzungen wären nicht nötig. Und dann käme die Rentenreform.

welcomecenter-sh.de

Personalmangel?

Schauen Sie über Grenzen hinaus.

Internationale Fachkräfte eröffnen neue Möglichkeiten, Positionen langfristig zu besetzen.



Jetzt informieren!

Praxischeck: Welche Reform würde Ihren Betrieb sofort entlasten?

3 Unternehmer mit 9 Antworten aus dem Handelsalltag



Foto: Jürgen Mohr

Jürgen Mohr

eska-Kaufhaus

Welche Reform wäre für Sie die wichtigste?

Auch wenn eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts große Erleichterungen bringen und besser zur modernen Arbeitswelt passen würde, ist nach meiner Meinung eine Reform

der überbordenden Bürokratie die wichtigste Maßnahme, die dringend umgesetzt werden muss. Dabei ist es nicht ausreichend, Aufbewahrungsfristen zu verlängern. Es müssen deutliche Einschnitte erfolgen, die eine Verschlankung des aufgeblähten Beamtenapparats zulassen, schnelle Entscheidungen in Zusammenarbeit mit Ämtern zulassen und letztlich zu einer steuerlichen Entlastung führen müssen.

Was kostet Sie der aktuelle Zustand?

Eine exakte Einschätzung der Kosten ist nur schwer möglich.

Behinderungen im Arbeitsalltag, verzögerte Entscheidungen, übermäßige Dokumentationspflichten und besonders Datenschutz-

anforderungen, die teilweise nicht mit einer modernen Arbeitswelt in Einklang zu bringen sind, sorgen für Frustration und erschweren eine nachhaltige Unternehmensführung. Motivation, Leidenschaft und Einsatzbereitschaft sind wesentliche Faktoren um im stationären Handel mit Freude und Begeisterung auf unsere Kunden einzugehen.

Was würden Sie mit der gewonnenen Zeit oder dem eingesparten Geld machen?

Qualifizierte, motivierte Mitarbeiter*innen sind für unseren Erfolg entscheidend. Daher würde eingeparte Zeit in erster Linie in die Entlastung der Mitarbeiter*innen gehen und die Präsenz auf der Fläche verstärkt werden.



Foto: Uwe Nölke

Thomas Witte

Die Genusswelt

Welche Reform wäre für Sie die wichtigste?

Ehrlich gesagt, das Wichtigste ist: erstmal anfangen. Auch wenn am Anfang nicht alles richtig ist und sicherlich vieles wünschenswert wäre: erstmal anfangen. Dann: nicht immer alles sofort zerreden, sondern einfach auch mal Gegenwind aushalten. Entscheiden – machen – durchführen und Ergebnisse abwarten. Denn: genau so machen wir als Unter-

nehmer und Unternehmen das auch. Gerade der Aufschlag ist nicht immer perfekt, aber es kommt zumindest etwas in Bewegung. Und dann muss man eben nachsteuern. Aber bis dahin muss man eben auch mal Gegenwind aushalten.

Ansonsten: Öffnungszeiten komplett liberalisieren – wir als Unternehmen machen das schon GEMEINSAM mit unseren Teams.





Dokumentationspflichten abschaffen bzw. einfach mal umdrehen: Was brauchen wir wirklich? Der ganze Verpackungs-Dokumentations-Wahnsinn ist schlicht verrückt. Oder: Tarifpolitik wieder zu den Tarifpartnern – denn: wir „freien“ Unternehmer finden schon einen gemeinsamen Weg mit unseren Teams, denn ohne wären wir aufgeschmissen. Sprich: Tariftreuegesetz ist Gewerkschaft durch die Hintertür, und wir brauchen Flexibilität OHNE ständige Einmischung der Verwaltung, des Staates oder letztendlich der Gewerkschaften. Aktuell geht es um die Wirtschaft – denn ohne deren Erfolg keine Beschäftigung – ohne Beschäftigung keine Wertschöpfung – und ohne Wertschöpfung auch keine Steuern. Und dann wird es „leider“ eng.

Was kostet Sie der aktuelle Zustand?

In drei Worten: Zeit – Geld – Nerven. Und Motivation. Und alles recht viel. Ich bin gerne selbständig und möchte das auch sicherlich nicht missen. Aber wenn ich heute vor der Wahl stehen würde – wahrscheinlich würde ich den Schritt... das möchte ich nicht weiter ausführen. Selbständigkeit kommt eben auch von „selbständig handeln und entscheiden“. Wenn wir das aber weder können noch dürfen, dann macht das auch wenig Sinn. Ich bringe momentan mindestens einen Tag die Woche mit aus unserer Sicht unsinnigen Aufgaben außerhalb jeder Wertschöpfung – mit Dokumentationen, behördlichen Nachfragen oder Auflagen.

Was würden Sie mit der gewonnenen Zeit oder dem eingesparten Geld machen?

Ganz ehrlich: Wir expandieren gerade mit weiteren Standorten, investieren sehr viel Zeit, Geld und Nerven in neue Konzepte, Medien, Wege und Möglichkeiten. Ohne die bürokratischen Fesseln, Dokumentations- und Berichtspflichten, ständig steigende staatliche Einmischungen und Hürden, Neiddiskussionen, Rückfragen und vorbereitenden Einwandbehandlungen und unsinnige weitere Auflagen – wir würden das gleiche machen. Nur eben schneller. Und mehr. Und damit auch wirtschaftlich (noch) erfolgreicher.

schaftliche Tätigkeit einsetzen können, etwa wenn ich mich intensiv mit den Regeln der PPWR auseinandersetzen muss.

Wichtig wäre zudem eine echte Reform des Arbeitszeitgesetzes, also weg von der täglichen Höchstarbeitszeit. Das würde die Personaleinsatzplanung stark erleichtern und würde auch den Mitarbeitenden sehr entgegenkommen. Denn Arbeitszeiten können ohnehin nur im Einvernehmen mit den Arbeitnehmern festgelegt werden.

Am Beispiel der PPWR lassen sich die Kosten von Regulierungen ebenfalls gut beziffern: Mit unserem langsam wachsenden Online-Shop beliefern wir auch Kunden im Ausland. Nun müssten wir in jedem Zielland einen Beauftragten benennen, was uns im Moment nicht möglich ist. Die Folge ist, dass wir nicht mehr ins Ausland verkaufen und somit nicht nur Umsatzeinbußen in Kauf nehmen, sondern auch das Wachstum des Online-Shops bremsen. Alle Umsatzeinbußen bedeuten natürlich immer auch Verlust an Steuereinnahmen für den Staat.

Was würden Sie mit der gewonnenen Zeit oder dem eingesparten Geld machen?

Die genannten Beispiele zeigen ja bereits, dass es uns weniger um gewonnene Zeit und eingespartes Geld geht, mit dem wir weiter investieren könnten, sondern viel mehr um ein Ende von weiteren Belastungen. Ich würde mir aber wünschen, dass unsere Mitarbeiter mehr netto vom brutto übrig haben und wir neben der Reform des Arbeitszeitgesetzes außerdem echte Reformen der Sozialversicherungssysteme hinkriegen.

Was kostet Sie der aktuelle Zustand?

Mit unserem Geschäft im Einkaufszentrum sind wir an Öffnungszeiten von 10 Stunden gebunden. Dies können wir aktuell nur im Zwei-Schicht-Betrieb abdecken. Eine echte Reform würde uns ermöglichen, diese Zeiten im Ein-Schicht-Betrieb zu fahren. Das würde übrigens auch den Mitarbeitern entgegenkommen, die so zusätzliche Fahrten von und zur Arbeit bedeutet. Denn das Arbeitszeitgesetz schränkt nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmer ein.

Welche Reform wäre für Sie die wichtigste?

Als Inhaber eines Fachgeschäfts bin ich ständig mit immer neuen Regulierungen befasst, aktuell etwa mit den neuen Anforderungen der EU-Verpackungsverordnung, der PPWR. Seit Jahrzehnten wird in jedem Wahlkampf Entlastung von bürokratischen Hürden und damit von Regulierungen versprochen, während gleichzeitig immer mehr Bürokratie aufgebaut wird. Die zunehmende Komplexität ist für kleinere Unternehmen kaum noch zu bewerkstelligen. Neue Anforderungen binden Kapazitäten, die wir nicht für unsere wirt-



Marc Böhle

Betten Rumöller

Foto: Marc Böhle

Sonntagsöffnung

Ein Wort zum Sonntag

Kaum ein Thema wird im Einzelhandel so häufig und so kontrovers diskutiert wie die Sonntagsöffnung. Das Thema füllte auch in diesem Jahr das mediale Sommerloch und sorgte in der Öffentlichkeit für teils hochkochende Emotionen. Auslöser war ein Bericht der BILD-Zeitung über die im Koalitionsausschuss vereinbarte Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, unter anderem für Bäckereien. In diesem Zusammenhang fragte die Zeitung beim Handelsverband Deutschland (HDE) und mehreren Landesverbänden nach deren Einschätzung. Die anschließende Berichterstattung vermittelte den Eindruck, der HDE fordere eine generelle Freigabe der Sonntagsöffnung. Das entspricht weder der Position des HDE noch der des Handelsverband Nord.

Richtig ist: Der HDE hat darauf hingewiesen, dass Einkaufen im Rahmen der bestehenden Landesgesetze ausnahmsweise auch sonntags verlässlich und planbar möglich sein sollte. Dieser entscheidende Zusammenhang ist in großen Teilen der Berichterstattung verloren gegangen.

Unsere Position ist seit Langem klar und unverändert:

Wir fordern keine generelle Ausweitung der Sonntagsöffnungen. Die Wünsche der Unternehmen sind hierzu nicht einheitlich. Für uns steht damit weniger die Anzahl der Sonntagsöffnungen im Vordergrund. Reglementierungen durch den Gesetzgeber sollten allerdings einfache, unbürokratische und rechtssichere Öffnungen erlauben und dabei die freie Entscheidung der Unternehmen nicht über Gebühr einschränken.

Wir fordern Rechtssicherheit. Die derzeit vorgeschriebenen Anlassbezüge für allgemeine Sonntagsöffnungen in unseren Ländern führen immer wieder dazu, dass lange vorbereitete verkaufsoffene Sonntage kurzfristig gerichtlich gestoppt werden. Das schafft Unsicherheit für Städte, Veranstalter und vor allem für die Handelsunternehmen. Wir setzen uns für rechtssichere und verlässliche Regelungen ein. Dazu gehört aus unserer Sicht der Verzicht der Landesgesetzgeber auf den bisherigen Anlassbezug.

Wir stehen hinter den touristischen Sonderregelungen. Gerade in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind die Bäder- und Grenzregelungen ein wichtiger Baustein für Tourismus, Nahversorgung



und regionale Wertschöpfung. Auch hier braucht es einen verlässlichen Rechtsrahmen.

Neue Handelsformate benötigen zeitgemäße Regeln. Personallose Kleinstverkaufsstellen können einen Beitrag zur besseren Nahversorgung im ländlichen Raum leisten und bezahlbaren Wohnraum in ländlichen Regionen attraktivieren. Deshalb sollte das Thema Sonntagsöffnung in diesem Zusammenhang auch weiterhin gesondert geregelt werden.

Die Diskussion zeigt einmal mehr, wie emotional das Thema Sonntagsöffnung geführt wird. Umso wichtiger ist eine sachliche Debatte. Die Unternehmen wissen selbst am besten, wann sich eine Sonntagsöffnung wirtschaftlich lohnt. Unsere Aufgabe als Verband ist es weniger, immer mehr Sonntagsöffnungen zu fordern, sondern vielmehr dafür zu sorgen, dass die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten rechtssicher, planbar und verlässlich genutzt werden können.

JETZT ANMELDEN!

www.hvnord.de

Tag des Norddeutschen Handels
am 6.10.26 in Lübeck

Dr. Gregor Gysi

Alterspräsident des
Deutschen Bundestages

Jakob Lipp

Mutmacher, Keynote Speaker &
Mentalist



Hamburger Senat kämpft gegen wachsenden Frust

Mit dem Bündnis Tiefbau will die Verkehrsbehörde dem Baustellen-Ärger begegnen

Ob die Ankündigung von Reformen positive oder negative Erwartungen hervorruft, ist eine Frage der Perspektive. Während die einen hoffen, dass es wieder wird, wie es war, wissen die anderen, dass die Zukunft anders aussieht. Nur wie? Dabei zeigen sich Leistungsfähigkeit und Versagen staatlichen Handels nirgendwo unmittelbarer als im Verkehr eines dichten Ballungsraums. Seit Jahren arbeitet der rot-grüne Senat in Hamburg unter Federführung von Verkehrssenator Anjes Tjarks an einer Mobilitätswende, die nach und nach den sogenannten alternativen Mobilitätsformen mehr Raum ermöglicht zulasten des herkömmlichen motorisierten Individualverkehrs. Das geht freilich nur mit Baumaßnahmen im Straßenraum. Mal werden Fahrspuren umgewidmet, dann wird eine U-Bahn gebaut und zudem müssen Brücken erneuert und Versorgungsnetze ausgebaut werden. Die Stadt ächzt unter der Menge an Baustellen und Beschränkungen des Verkehrs. Die Erreichbarkeit von Geschäften ist an vielen Orten der Stadt bis zur Existenzgefahr beeinträchtigt und nicht nur der Einzelhandel klagt.

Dass der Unmut aktuell groß ist, spürt auch

Bürgermeister Tschentscher und hat Senator Tjarks zum Handeln aufgefordert. Der kann und soll die nötigen Baumaßnahmen indes nicht stoppen, sondern hat einstweilen alle



Quelle: Zukunft Tiefbau, Behörde für Verkehr und Mobilitätswende, Juni 2026

Stakeholder zu einem Bündnis für den Tiefbau zusammengeholt. Im Juni fand das Auftakt-Treffen statt, bei dem gleich zu Beginn von dem weiter anwachsenden Bauvolumen gesprochen wurde. Höchste Zeit also, die aufgebrachten Gemüter der Stadt zu besänftigen. Die Aufgabe ist nun, aus zahlreichen Einzelerfahrungen ein Gesamtbild zu destillieren und auf dieser Grundlage nicht die Strategie zu ändern, sondern die Umsetzung anzupassen.

Der Handelsverband ist nun, gemeinsam mit

anderen Branchenverbänden, aufgefordert, die Schmerzpunkte der Unternehmen zu benennen und die Anforderungen vor Ort bei laufenden Baumaßnahmen zu kommunizieren.

Alle Verbandsmitglieder sind somit aufgefordert, der Hamburger Geschäftsstelle Erfahrungen und Kritikpunkte mitzuteilen. Denn was in einem einzelnen Geschäft als ärgerliche Episode erscheint, kann in der Summe ein erhebliches verkehrliches Problem für einen ganzen Standort sein.

Die bislang eingegangenen Rückmeldungen zeichnen dabei ein bemerkenswert eindeutiges Bild. Den Baumaßnahmen an sich steht der Einzelhandel keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber. Dass Straßen, Brücken, Leitungen und Schienen irgendwann gebaut, erneuert oder repariert werden müssen, ist unbestritten. Was vielfach fehlt, ist die angemessene Kommunikation über das Wie, das Warum und vor allem das Wie lange. Mal führt eine Baustellenbeschilderung den Kun-



Foto: AdobeStock 87767170 | Photographie.eu

den eher von einem Geschäft weg, als ihn dorthin zu führen. Mal ist nicht nachvollziehbar, warum sich auf einer eingerichteten Baustelle über Wochen augenscheinlich nichts bewegt. Und manchmal bleibt schlicht die Frage offen, was dort eigentlich gebaut wird und wann die Einschränkungen wieder enden.

Dabei könnte schon mehr Information manches Problem kleiner machen. Wer weiß, was auf ihn zukommt, kann sich darauf einstellen. Kunden können ihre Wege anders planen,

Unternehmen können sich organisieren und Anwohner wie Gewerbetreibende können nachvollziehen, warum Einschränkungen notwendig sind. Kommunikation ersetzt keine Baustelle – sie macht sie aber ein Stück weit erträglicher.

Das Bündnis für den Tiefbau ist der Ort, das – manchmal nur empfundene – Baustellenchaos zu verdeutlichen und aus den vielen einzelnen Erfahrungen ein belastbares Gesamtbild zu erstellen. Dabei hat Verkehrssenator Tjarks

bereits bei der Auftaktveranstaltung darauf hingewiesen, dass die Verkehrswende nicht zur Disposition steht. Die Stadt wächst, der Stadtraum wird enger. Damit müssen alle umgehen lernen. Senat und Behörden müssen gleichzeitig lernen, dass die Einzelhandelsgeschäfte vor Ort wichtige Akteure für das Funktionieren der Stadt sind, ihre Erreichbarkeit für Kunden und Unternehmen große Bedeutung hat und die Zustimmung zur Stadtpolitik auch daran gemessen wird.



Foto: Dr. Julian Petrin

Innenstädte waren immer Orte, an denen Menschen etwas fanden, das es anderswo nicht gab – neue Waren, neue Ideen, neue Eindrücke. Gerade Han-

Gemeinsam die Innenstadt weiter denken

delsstädte wie Hamburg lebten immer auch davon, ein „Fenster zur Welt“ zu sein. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch wenn wir Innenstädte heute facettenreicher betrachten, als Orte der Kultur, des Arbeitens, des Wohnens und der politischen, persönlichen und wirtschaftlichen Begegnung: Bei der Frage, wie sich unsere Innenstädte entwickeln, geht es immer auch um die Zukunft des

Handels. Und tatsächlich empfinden viele Menschen den Wandel in diesem Feld, speziell den Verlust besonderer oder traditionsreicher Geschäfte als schmerzhaft. Solche Orte sind oft weit mehr als reine Verkaufsflächen. Sie werden Teil persönlicher Erinnerungen, prägen Routinen und stiften Identität. Es gibt eine große Unsicherheit: können die Innenstädte als besondere „Marktorde“ bestehen?

● Innenstadtkoodinator Dr. Julian Petrin zu den Entwicklungsmöglichkeiten der Hamburger City

Innenstädte waren nie statisch. Gerade große urbane Zentren lebten immer auch von Veränderung, Neuheiten und neuen Akteuren.

Auch viele Angebote, die wir heute als „Tradition“ wahrnehmen, waren irgendwann einmal mutige neue Konzepte. Die spannende Frage lautet daher: Wie können wir den Wandel so gestalten, dass Innenstädte auch künftig lebendig, einzigartig und anziehend bleiben?

Von der Shoppingfunktion zum ganzheitlichen urbanen Erlebnis

Der klassische Einzelhandel steht ohne Zweifel unter Druck. Online-Handel, veränderte Konsumgewohnheiten und wirtschaftliche Unsicherheiten verändern das Verhalten vieler Menschen. Vor allem verändert sich die Rolle des Handels. Vieles ist online verfügbar – oft günstiger und bequemer. Erfolgreiche Innenstädte müssen deshalb stärker über Aufent-



Für neue und experimentelle Konzepte ist die Hamburger City ein teures Pflaster

Foto: www.mediaservice.hamburg.de - DOUBLEDIGIT

haltsqualität, Erlebnis und urbane Atmosphäre überzeugen. Der Handel der Zukunft ist zunehmend ein „Handel Plus“. Erfolgreiche Orte verbinden Einkaufen mit Gastronomie, Kultur, Beratung, Gemeinschaft oder auch Produktion. Sie schaffen Anlässe, länger zu bleiben. Sie bieten etwas, das digitale Plattformen nicht leisten können: räumliche Erfahrung, soziale Begegnung und das Gefühl, Teil eines lebendigen urbanen Umfelds zu sein. Diese Erkenntnis ist wahrlich nicht neu. Aber dennoch erscheint der Wandel schwierig zu gestalten. Nicht jedes Ladengeschäft kann sich zum Erlebnisort wandeln. Und damit innovative

„hybride“ Konzepte Fuß fassen können, stellt sich eine strukturelle Herausforderung: Das „Betriebssystem“ vieler Innenstädte hat sich über Jahrzehnte auf maximale Flächenwertschöpfung ausgerichtet. Für manches neue oder experimentelle Konzept ist die Innenstadt schlichtweg ein zu teures Pflaster.



Auch das Hamburger Alsterhaus entfaltet eine Strahlkraft weit über die Region hinaus.

eine reale Chance bekommen. Und es braucht weiterhin ein starkes gemeinschaftliches Invest in die Qualitäten der Innenstadt – in die öffentlichen Räume, die Erreichbarkeit und in attraktive Besuchsansätze. Keine Selbstverständlichkeit in Zeiten knapper Kassen.

Meine Vision: In Hamburg ein Beispiel geben, wie man die Innenstadt ins 21. Jahrhundert führt

Hamburg bringt gute Voraussetzungen mit, um die beschriebenen Herausforderungen zu meistern. Die Innenstadt verfügt über eine enorme räumliche Qualität, internationale Strahlkraft und ein großes Einzugsgebiet. Wasserlagen, Plätze, Passagen und unterschiedliche Quartiere schaffen schon heute eine Vielfalt, um die viele Städte Hamburg beneiden. Und es gibt die bereits beschriebene Kultur des gemeinsamen Investierens von öffentlicher Hand und privaten Akteuren. Dennoch dürfen wir uns nichts vormachen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung sind nicht einfacher geworden. In Zeiten der multiplen Unsicherheiten braucht es eine Extraportion Mut, neue Pfade zu beschreiten.

Meine Aufgabe als Innenstadtkoordinator der Freien und Hansestadt Hamburg sehe ich vor allem darin, diesen Mut immer wieder neu anzufachen. Menschen und Ideen zusammenzubringen, um Projekte anzustoßen und dabei neue Kooperationen zu stiften. Es geht darum, gemeinsam konkrete Veränderungen auf den Weg zu bringen. Dabei spielen Netzwerke, Partnerschaften und neue Formen der Zusammenarbeit eine immer wichtigere Rolle – auch mit den Akteuren

des Handels.

Mein Ziel ist es, in den nächsten vier Jahren Projekte zu initiieren, die partnerschaftlich von privaten und städtischen Akteuren getragen werden und dazu beitragen, dass die Innenstadt sich neu in den Herzen der Menschen verankert. Es geht darum, die Neugierde auf eine Innenstadt zu wecken, die ihre vertrauten Qualitäten sorgsam pflegt und zugleich neue und überraschende Orte bietet. Diese Arbeit an neuen Projekten kann nur mit der Energie der Vielen erfolgreich sein, die die Innenstadt heute schon tragen. In diesem Sinne gilt meine Einladung: Gestalten Sie mit mir die Innenstadt von morgen!

Mehr Informationen zu den Projekten finden Sie auf der Seite der Innenstadtkoordination auf hamburg.de: www.hamburg.de/go/852538

Und wenn Sie konkrete Ansätze für den Wandel der Hamburger Innenstadt diskutieren wollen, melden Sie sich unter: team@innenstadtkoordination.hamburg

Das Programm für Aufschwung und Beschäftigung

Was zählt arbeitsrechtlich?

● VON HV NORD RECHTSANWALT RALPH HELLWIG

Die Bundesregierung hat im Juli 2026 das „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ vorgestellt. Das Paket enthält 34 Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Für das Arbeitsrecht sind vor allem die Punkte interessant, mit denen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt erreicht werden soll. Viel Aufregung um fast nichts hat bisher nur die Idee zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Tag gebracht. Dabei enthält das Programm möglicherweise interessante Ansätze.

Lockerung des Kündigungsschutzes

Geplant ist, den Kündigungsschutz im oberen Einkommenssegment zu lockern, um Trennungen von sehr gut bezahlten Kräften einfacher und schneller zu machen. Die Regelung soll Mitarbeiter betreffen, deren Jahreseinkommen oberhalb des 1,75-Fachen der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung liegt, im Jahr 2026 war das 177.450 € brutto p.a. Dadurch erscheint die Tragweite der Regelung für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zunächst äußerst überschaubar. Zunächst, weil vielleicht doch die Hoffnung besteht, dass mit diesem Ansatz eine Reform begonnen wird, die zu einem weitreichenden Paradigmenwechsel führt.

Mit dem Kündigungsschutzgesetz aus dem Jahre 1951 ist ein sehr rigider Bestandsschutz durch die Rechtsprechung entstanden. Denn der Gesetzgeber hatte nicht vorgegeben, welche konkreten Kündigungsschwellen für den Arbeitgeber zu überschreiten sind, um eine rechtmäßige Kündigung auszusprechen.

Dies führt heute in der Praxis regelmäßig dazu, dass es dem Verhandlungsgeschick der Rechtsanwälte überlassen bleibt, den Bestandwert eines Arbeitsverhältnisses durch eine Abfindungsvereinbarung zu bestimmen. Eine gesetzlich vorgesehene Abfindungslösung nicht nur für Hochverdiener, sondern für alle, so wie sie in anderen Ländern in Europa eingeführt worden ist, diene insofern vielleicht nicht nur der gewünschten Flexibilisierung, sondern auch sogar einer größeren sozialen Verlässlichkeit, in dem der Gesetzgeber den Wert eines Arbeitsverhältnisses bestimmt. So bleibt das Programm der Bundesregierung erstmal nur eine symbolische Korrektur.

Ausweitung der sachgrundlosen Befristung

Das Programm der Bundesregierung sieht eine Erweiterung der sachgrundlosen Befristung vor. So ist es geplant, eine sachgrundlose Befristung bis zu vier Jahre mit bis zu sechs Verlängerungen innerhalb dieses Zeitraums zu ermöglichen. Auch das Vorbeschäftigungsverbot soll in diesem Zusammenhang fallen. Schon heute gilt eine erweiterte Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitnehmern im Rentenalter unter Aufhebung des Vorbeschäftigungsverbot. Das Interesse der Arbeitgeber an dieser Regelung ist durchaus rege. Allerdings dürften die Erfahrungen aus einer Weiterbeschäftigung am Ende der Karriere kaum übertragbar sein auf Fragen der Befristung zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses. Die Bundesregierung verspricht sich hiervon einen Impuls für Wachstum und Beschäftigung, der Arbeitgeber soll temporär Personal aufbauen können, ohne sich dauerhaft binden zu müssen. Ob eine solche Reform im Kampf

um Fachkräfte eine tragende Wirkung entfalten kann, bleibt abzuwarten.

Der Koalitionsvertrag und die Wachstumsagenda der Bundesregierung sehen zudem vor, die schrittweise Anhebung des Mindestlohns, Flexibilisierung der Arbeitszeit, den Abbau von Schriftformerfordernissen, insbesondere bei Befristungen, Regelung für Künstliche Intelligenz im Arbeitsverhältnis, weitere steuerliche Entlastung bei Abfindungen und die Förderung von Weiterbildung.

Derzeit ist das Programm lediglich ein politischer Koalitionsbeschluss. Es wird sich zeigen, ob nach Referentenentwurf, Regierungsentwurf und parlamentarischen Verfahren von einer Reform gesprochen werden kann, die dazu in der Lage, ist den Aufschwung zu fördern.



Foto: HV Nord

Sie haben Fragen zu rechtlichen Themen?

Unsere Rechtsexperten helfen Ihnen weiter:

Kiel: 0431-97407-0

Rostock: 0381-453332

Hamburg: 040-369812-14



...
**Claus
Ruhe Madsen**

**Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Arbeit, Technologie und Tourismus in
Schleswig-Holstein**

Der gebürtige Däne Claus Ruhe Madsen nimmt es sportlich: Deutschland könnte sich in Sachen Reformfähigkeit durchaus etwas von seinem Heimatland abschauen. Doch der Vergleich hat Grenzen, Deutschland ist größer und föderaler organisiert. Für den Wirtschaftsminister liegt die entscheidende Frage deshalb weniger in den Strukturen als vielmehr in der Bereitschaft, Veränderungen tatsächlich anzunehmen und umzusetzen. Mehr Mut, weniger Klein-Klein und mehr Gemeinwohl statt Einzelinteressen, darin sieht Madsen wichtige Voraussetzungen, um Deutschland reformfähiger zu gestalten.

Sie vergleichen Deutschland häufig mit Dänemark. Was macht Dänemark reformfähiger, und was könnte Deutschland übernehmen?

Ich glaube, die Tatsache, dass Dänemark deutlich kleiner ist als Deutschland, spielt eine wichtige Rolle. Wenn in Kopenhagen jemand

den Schalter umlegt, dann geht in aller Regel auch tatsächlich im Land überall das Licht an. Andererseits ist es aber auch so, dass Bürgerinnen und Bürger dadurch in Dänemark auch etwas stärker auf ihre Regierungen hören. Wir haben im föderalen Deutschland nun einmal viele verschiedene Ebenen, sei es die Bundes-, Landes- oder die kommunale Ebene. Und da gibt es natürlich immer mal unterschiedliche Signale. Es ist also nicht ganz leicht, das einfach miteinander zu vergleichen.

Deutschland hat viele Reformideen, kommt aber oft nur langsam ins Handeln. Woran fehlt es aus Ihrer Sicht vor allem: am politischen Willen, an Strukturen oder an der Umsetzung?

In Deutschland haben wir in den letzten Jahren zunehmend ein Phänomen: Meldet jemand ein Problem, wird derjenige nicht selten selbst zum Problem gemacht. Und das führt dazu, dass nicht mehr das Problem diskutiert wird, sondern die Person. Oder alle rufen nach Reformen – und in dem Moment,

in dem die Reformen da sind, sagen alle: Oh je, wissen wir überhaupt, was das alles kostet? Und dann fangen alle an, die Reform wieder auseinanderzunehmen. Wenn in Dänemark hingegen zum Beispiel gesagt wird, wir arbeiten bis 70, dann machen die Leute am ersten Tag vielleicht noch ein wenig Stunk. Aber schon am nächsten Tag gehen alle arbeiten und stellen sich darauf ein, das auch bis zum 70. Lebensjahr zu tun.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Bremsen für Reformen in Deutschland?

Dass uns hin und wieder ein bisschen der Mut fehlt. Und dass wir dann auch immer im Klein-Klein alles auseinandernehmen und Fragen stellen wie: Was bedeutet das nun für Hundehalter oder was bedeutet das für die Senioren? Da kommen wir natürlich nie zusammen. Wir müssen, glaube ich, ein bisschen stärker überlegen, was unter dem Strich für alle dabei herkommt. Ich glaube, das ist das Große, was uns gelingen muss. Mehr Gemeinwohl als Alleinwohl.

Gesunde Betriebe, starke Teams

Wie der Handel auf den Wandel reagiert



Steigende Kassenbeiträge und sinkende Leistungen: Das beschlossene GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz bringt ab Januar 2027 spürbare Einschnitte im Gesundheitssystem mit sich. Während Versicherte und Betriebe vor Mehrbelastungen stehen, können Handelsunternehmen im Norden jetzt selbst aktiv werden. Mit einer betrieblichen Krankenversicherung (bKV) bieten Händler ihrem Team einen wertvollen Schutz – und das steuerlich hochattraktiv.

Der Einzelhandel beweist täglich seine Anpassungskraft. Ob Digitalisierung, neue Store-

Konzepte oder veränderte Kundenwünsche – die Branche findet immer neue Wege. Doch der härteste Engpass bleibt der Mensch: Der Mangel an qualifizierten Fach- und Arbeitskräften bremst Betriebe aus. Wer heute gute Mitarbeiter finden und langfristig binden will, muss mehr bieten als nur ein faires Gehalt. Gefragt sind Zusatzleistungen, die im Alltag der Beschäftigten einen spürbaren Unterschied machen.

Vorsorge als neuer Standard für attraktive Arbeitgeber

Mit der neuen Gesundheitsreform gerät die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) weiter unter Druck. Die Beiträge steigen, während Leistungen gekürzt werden – etwa beim Zahnersatz oder durch höhere Zuzahlungen. Für Arbeitnehmer bedeutet das: Sie müssen für ihre Gesundheit tiefer in die eigene Tasche greifen.

Einschnitte für ihre Belegschaft proaktiv auffangen

Mit einer betrieblichen Krankenversicherung

von SIGNAL IDUNA schließt der Arbeitgeber die Versicherung ab und die Mitarbeiter genießen sofortigen Privatpatienten-Status bei ausgewählten Leistungen – ganz ohne Gesundheitsprüfung und Wartezeiten.

Clever gefördert: Die 50-Euro-Sachbezugs-grenze nutzen

Für den Händler zahlt sich dieses Engagement betriebswirtschaftlich aus. Da die Beiträge zur bKV als Sachbezug gelten, können Unternehmen den Gesundheitsschutz für ihr Team bis zur Freigrenze von 50 Euro pro Monat und Mitarbeiter komplett steuer- und sozialversicherungsfrei realisieren. Effizienter lässt sich ein Gehaltsextra kaum gestalten.

Über flexible Budgettarife können Mitarbeiter entscheiden, wofür sie ihr jährliches Gesundheitsbudget nutzen – ob für Zahnersatz, Massagen, Arzneien oder den Heilpraktiker. Das Ergebnis? Maximale Wertschätzung, die direkt im Alltag ankommt, eine spürbar höhere Mitarbeiterloyalität und sinkende Krankheitszeiten durch bessere Vorsorge.



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Die GKV-Reform kommt. **Der beste Gesundheitsschutz für Ihr Team auch.**

Fangen Sie die gesetzlichen Kürzungen ab - mit der betrieblichen Krankenversicherung von SIGNAL IDUNA.

Jetzt bKV-Vorteile sichern und Ihr Team für die Zukunft stärken:

- Steuerfrei punkten: Nutzen Sie die 50 € Sachbezugsgrenze für abgabenfreie Mitarbeiter-Benefits.
- Sofort spürbar: Bis zu 1.500 € jährliches Gesundheitsbudget für Brille, Zahnersatz, Vorsorge & Co.
- Ohne Hürden: Sofortiger Schutz ab Tag eins, ganz ohne Gesundheitsprüfung.



Jetzt QR-Code scannen und direkt informieren oder
Infos über handel@signal-iduna.de anfragen.

Unser Kooperationspartner:

 **Handelsverband
Nord**